

Die Zukunft, für die wir kämpfen:

**SOZIAL. GERECHT.
FÜR ALLE.**

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Kreisverband der LINKEN Tübingen und die
Bundestagsabgeordnete, Heike Hänsel, laden herzlich ein:

Statt Altersarmut: Renten rauf!

Mit Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer
Sprecher der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag



mit einem Gastbeitrag von:
Martin Gross,
Landesbezirksleiter ver.di
Baden-Württemberg

**Dienstag, 11. April 2017, 19:30 Uhr,
Gemeindehaus Lamm, Tübingen, Am Markt 7**

- inhaltliche Positionen auf der Rückseite -

Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53% im Jahr 2000 wird es auf 41,7% fallen. Altersarmut bedroht viele Rentner*innen. Die Rente erst ab 67 ist eine Rentenkürzung, da die meisten früher in Rente gehen.

Die staatlich geförderte **Riesterrente ist gescheitert**. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der Versicherungskonzerne landen. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentner*innen von Altersarmut betroffen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen über 65 in Armut oder sind von Armut bedroht.

Unser **Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches Rentensystem kann vor Armut schützen** und zugleich finanzierbar sein. Statt einen Teil der Alterssicherung vom Kapitalmarkt abhängig zu machen, wurde in Österreich das gesetzliche Rentensystem zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut, in die auch Politiker*innen und Beamte einzahlen. Eine umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist finanzierbar, und sie schützt vor Altersarmut.

Wir wollen das Rentenniveau anheben: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für Alle spürbar steigen. Ein Rentenniveau von 53 Prozent kostet Beschäftigte und Arbeitgeber bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3022 Euro nur je 33 Euro mehr im Monat. Die vier Prozent Beitrag für eine Riesterrente könnten dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 75 Euro mehr in der Tasche. Das bedeutet: 123 Euro mehr im Monat für einen »Durchschnittsrentner«. Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit oder Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro im Monat – darunter droht Armut.

Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Manager sollen Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir vereinheitlichen, dann drastisch anheben und schließlich aufheben. Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen.

Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Jede und jeder muss wieder spätestens ab 65 Jahre abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Wenn Menschen mindestens 40 Jahre Beiträge gezahlt haben, sollen sie bereits ab 60 Jahre abschlagsfrei in Rente gehen können.